Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

mit Loschwitzer Anzeiger

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Fernsprech-Anschluß: Amt Dresden Nr. 31507
Tel.-Adr.: Elbgaupresse Blasewitz

Bank-Konto: Stadtbank Dresden, Girokasse Blasewitz Nr. 650
Postscheck-Konto: Nr. 517 Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgau-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Drache, für den übrigen Inhalt Eugen Werner, beide in Dresden.

Erscheint täglich mit den Beilagen: Amtl. Fremden- und Kurliste, Leben im Bild, Agrar-Warte, Radio-Zeitung, Wissenswerte Stunden, Aus alter und neuer Zeit, Moden-Zeitung, Schnittmusterbogen. Der Bezugspreis beträgt frei ins Haus monatl. Mk. 1.90, durch die Post ohne Zustellgebühr monatl. Mk. 2.-. Für Fälle höh. Gewalt, Krieg, Streiks usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung bzw. Nachlieferung der Zeitung od. Rückzahl. d. Lesegeldes. Druck: Clemens Landgraf Nachfl., Dresden-Pieritz. Bei unverl. eingesandt. Manuskripten ist Rückporto beizufüg. Für Anzeigen, welche durch Fernspr. aufgegeb. werden, könn. wir eine Verantwort. bez. der Richtigkeit nicht übernehm.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Tolkewitzer Str. 4
87. Jahrgang

Anzeigen werden die 8gespaltene Petit-Zeile mit 20 Goldpfennigen berechnet, Reklamen die 4gespaltene Zeile mit 60 Goldpfennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Platzvorschriften und schwierigen Satzarten werden mit 50% Aufschlag berechnet. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telephonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Insertionsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeilenpreis in Rechnung gebracht. Rabattanspruch erlischt: b. verspät. Zahlung, Klage od. Konkurs d. Auftraggebers.

96 — Sonnabend, den 25. April — 1925

Die Kandidatenansprachen „An Alle!"

Die Rundfunkansprache Hindenburgs

Die Rede, die Generalfeldmarschall v. Hindenburg am Freitagabend durch den Rundfunk gehalten hat, hat folgenden Wortlaut:

Wenn ich mich heute in letzter Stunde vor dem Wahltage noch einmal, wenn auch nicht von Angesicht zu Angesicht, so doch mündlich, an weite Kreise unseres deutschen Volkes wenden kann, so ist es mir eine freudige und gern erfüllte Pflicht, zunächst ein Wort herzlichen Dankes zu sagen. Dieser Dank gilt den vielen Tausenden aus allen Gauen unseres Vaterlandes, aus allen Berufsständen und Parteien, die mir in den letzten zwei Wochen mündlich oder schriftlich so freundliche und warme Worte der Zustimmung und des Vertrauens gesagt haben. Aus allen diesen Kundgebungen weht mich jener Geist an, der unser Volk in seinen schwersten und größten Zeiten beseelte und es unüberwindlich machte, der Geist des Wissens zur Einigkeit und zum Weiterleben als Nation und Staat.

Die letzten Jahre haben leider nur immer Trennendes und nichts Einigendes gebraucht, und doch tut unserem Volke nichts so not als Einigkeit.

Wir dürfen den Völkern nicht immer das Beispiel geben, daß wir uns in inneren Streitigkeiten verzehren und dadurch uns selbst die Möglichkeit nehmen, im Kreise der Völker unsere Pflichten gegen die Menschheit zu erfüllen.

Durch die deutsche Politik der letzten Jahre geht ein Zug müder Resignation.

Dem deutschen Volke ist der Glaube an sich selbst verloren gegangen. Wir dürfen uns aber dieser Stimmung des Verzichts nicht hingeben. Im großen Wettstreit der Völker um die Förderung und Veredelung der Menschheit darf keine Nation freien Willens ihren Platz verlassen. Wenn die Welt von den furchtbaren Folgen des Krieges endlich und dauernd erlöst werden soll, so geht es nicht länger an, daß Deutschland glaubt, von der Gnade der anderen Völker und Staaten leben zu können. Wir wollen die Kräfte der Nation sammeln und einsetzen, um durch diese wieder hochzukommen. Deutschland ist in der großen Entscheidung des Weltkrieges unterlegen. Das deutsche Volk ist entschlossen, dieser Tatsache Rechnung zu tragen und ihre Folgen auf sich zu nehmen bis zu der Grenze, die durch die unbedingten Lebensnotwendigkeiten seiner selbst gezogen ist.

Aber ebensowenig wie unser Volk auf die Dauer der Kostgänger der Welt sein darf, wollen wir dauernd Sklaven sein.

Durch die internationalen Vereinbarungen des letzten Jahres ist eine Grundlage geschaffen, auf der versucht werden muß, den Verpflichtungen Deutschlands aus dem verlorenen Kriege gerecht zu werden. Die Zukunft wird zeigen müssen, ob diese Grundlage auf die Dauer brauchbar und für Deutschland tragbar ist.

Erweisen sich im Verlaufe der kommenden Jahre die übernommenen Pflichten als undurchführbar, so werden wir im friedlichen Zusammenarbeiten mit den anderen Nationen nach besseren Lösungen zu suchen haben.

Wenn bei allen Völkern der Erde ruhige Ueberlegung und Gewissen wieder zu ihrem Rechte kommen werden und müssen, muß es möglich sein, in friedlicher Vereinbarung Lösungen zu finden. Das deutsche Volk hat die Schrecken des Krieges und seiner Drückungen auf alle Volkskreise so hart wie kaum ein anderes empfunden. Ich selbst habe in meiner Jugend auch diese Seite des Krieges kennengelernt und sie im vorgerückten Lebensalter mit der ganzen Schwere ihrer besonderen Verantwortung auf mir lasten gefühlt.

Ich erkläre vor der ganzen Welt, daß es immer

mein heißestes Bestreben sein würde, neue Kriegsschrecken fernzuhalten und den Kriegsopfern der Vergangenheit nach Kräften zu helfen.

Dieses Ziel werden wir dann am sichersten erreichen, wenn wir den anderen Nationen das Bild eines Volkes zeigen, das die harte Not der Zeit zu wahrer und innerer Einigkeit zusammengeführt hat, das Bild eines Volkes, das entschlossen ist, in Arbeit und Sparsamkeit, in Ehrlichkeit und Gottvertrauen zusammenzustehen, einer dem anderen zu helfen, nach besten Kräften die Lasten zu tragen, einig zu sein in der Hingabe an das große Ganze, nicht nur nach Rechten, sondern zuerst nach Pflichten fragend. Auch ich werde so handeln und

erkläre daher endgültig alle etwa auftauchenden Gerüchte über meinen Rücktritt von der Kandidatur für falsch.

So soll denn unter uns allen ein edler Wettstreit entbrennen, welcher deutsche Wählerstand oder Wählergau am treuesten und aufopferndsten für die Gesamtheit arbeitet. In diesem Sinne unserem Volke, wenn es mich an seine Spitze berufen sollte, als Führer zu dienen, würde meine heiligste Aufgabe sein.

*

Die Rundfunkansprache Marx'

An die deutschen Rundfunkhörer hielt der Präsidentschaftskandidat Marx Freitag abend eine Rede, in der es u. a. heißt:

Als wir vor sechs Jahren in Weimar die schwarzrotgoldene Flagge hißten, war damit weder eine Mißachtung noch ein Mißverstehen der alten schwarzweißroten Farben beabsichtigt. Unter den neuen Farben großdeutscher Einheit, die schon im Jahre 1813 bei dem Befreiungskampfe gegen Napoleon eine Rolle spielten, sollte vielmehr

eine Zusammenfassung aller nationalen Kräfte

unternommen werden. Das ganze deutsche Volk mußte in der Stunde der höchsten Gefahr zum Wiederaufbau zusammenwirken, und darin besteht die nationale Leistung der Demokratie.

Die Demokratie ermöglicht es, daß der Staat und die Zukunft der Nation von den breiten Massen des Volkes verstanden und getragen werden.

Darin liegt die sicherste Gewähr für die wirtschaftliche und nationale Erholung unseres schwergeprüften Vaterlandes. Zur nationalen und wirtschaftlichen Erholung des deutschen Volkes gehört aber eine friedliche Entwicklung Europas. Sie wissen alle, wie ungeheuer schwer der Weg Deutschlands in den letzten Jahren gewesen ist. Sie wissen aber auch, daß wir fühlbare Erleichterungen und Fortschritte erzielt haben. Die Wohltat einer stabilen Währung, einer neuen Anknüpfung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen war nur durch eine friedliche Entlastung der europäischen Politik möglich.

Das neue Deutschland, das Deutschland der nationalen Demokratie, hat die Fortschritte erzielt und ein gewisses Vertrauen bei vernünftigen Kreisen des Auslandes gewonnen, ein Vertrauen, das wir nicht leichtherzig aufs Spiel setzen dürfen. —

Immer geht der nationale mit dem wirtschaftl. Wiederaufbau Hand in Hand. Denken Sie an die ersten Monate des Zusammenbruches. Damals war die Einheit Deutschlands ebenso bedroht wie der Fortbestand seiner großartigen wirtschaftlichen Anlagen. Damals drohte eine kommunistische Revolution, drohte der Zerfall des Reiches.

Die Nationalversammlung von Weimar hat beide Gefahren beseitigt durch die Verfassung, der Sie alle viel mehr verdanken als die Gegner der Verfassung es zugeben wollen.

Sie alle kennen die tiefen Gegensätze, die zwischen den deutschen Staatsbürgern sich aufgetan haben. Nur eine Ueberwindung dieser Gegensätze, ein vernünftiger Ausgleich der Interessen ist imstande, die nationale Kraft Deutschlands zu erneuern. Ich frage Sie, ob nicht

die demokratische Staatsform

am geeignetsten ist, den Ausgleich der Gegensätze herbeizuführen. Nur eine politische Form, die alle Kräfte zu vereinigen weiß, ist wahrhaft national. Die demokratische Staatsform gibt die Möglichkeit, daß alle Gruppen immer wieder durch vernünftige Auseinandersetzungen sich ausgleichen.

Nur diese Staatsform verhindert es, daß eine Klasse durch die andere unterdrückt wird.

Damit aber entbindet die demokratische Staatsform erst die nationalen Kräfte der Zukunft. Auch die Gegner der Weimarer Verfassung haben im Jahre 1918 und 1919 erkannt, daß nur die Einberufung der Nationalversammlung die nationale Rettung bringen konnte.

Wir brauchen zu unserer wirtschaftlichen Erholung den Beistand mächtiger auswärtiger Staaten. Wir brauchen den europäischen Frieden, damit uns die Luft zum Atmen bleibt.

Alle mächtigen Länder, auf deren heutige und künftige Einstellungen gegen Deutschland wir am meisten angewiesen sind, haben schon seit langer Zeit demokratische Staatsformen. Wir dürfen in dieser Welt, von der wir uns politisch und wirtschaftlich in keiner Weise abschließen können, nicht wie Fremdkörper dastehen.

Sie selbst verdanken es ja der demokratischen Staatsform, daß Sie als Wähler einwirken können auf die Gestaltung der deutschen Schicksale.

Sie haben damit keine geringe Macht, aber auch keine geringe Verantwortung. Bis in Ihr eigenes Privatleben hinein, in die Zukunft Ihrer Kinder, wird die Entscheidung eingreifen, die Sie als Wähler fällen. Die Politisierung der konfessionellen Gegensätze war einer der schwersten Fehler der Vorkriegszeit. Das heutige Deutschland hat sich bemüht, diese Frage auszuschalten. Der Geist des Zwiespaltes ist nicht der natürliche Geist des deutschen Volkes, das hat sich 1914 gezeigt.

Die große Mehrheit unseres Volkes will in besonnener Arbeit neue Wege gehen zu neuen Zielen für Deutschland und Europa. Ich grüße eine glückliche Zukunft Deutschlands.

Die Reichsregierung hält an ihrem Aufwertungsentwurf fest

Im Anschluß an die Verhandlungen des Reichsrates über die Aufwertungs- und Steuergesetzentwürfe hielt die Reichsregierung eine Sitzung ab, in der zu den veränderten Gesetzentwürfen Stellung genommen wurde. Die Reichsregierung hält an den Grundgedanken ihres Gesetzentwurfes über die Ablösung der öffentlichen Anleihen fest.

Leitender Gedanke ist, die Altbesitzer für Verluste zu entschädigen.

Diese Rechte dürften nicht zugunsten der Neubesitzer geschmälert werden. Der weitere Grundsatz der Reichsregierung ist die Wiederherstellung der Kreditwürdigkeit des Reiches, als deren wesentlichste Voraussetzung sie das dauernde Gleichgewicht des Reichshaushaltes ansieht. Um für die Zukunft eine gesunde Basis der Reichsfinanzen zu haben, nimmt sie die Verwischung des Charakters der Reichsanleihen als Inhaberpapiere in Kauf. Die unverzinslichen Schatzanweisungen K der Jahre 1923 und 1924 werden, nach dem in Einvernehmen mit der Reichsregierung gefaßten Beschlüssen des Reichsrates wesentlich besser behandelt, als in der Regierungsvorlage vorgesehen, ohne daß aber die heutigen Börsenkurse der in Aussicht gestellten Ablösungsschuld entsprechen.

Für eine Milliarde K-Schatzanweisungen 1923 beträgt der Nennbetrag der Ablösungsschuld 5000 Mark, für eine Billion K-Schatzanweisungen 1924 1000 Mark.

Mit großer Entschiedenheit setzt sich die Reichsregierung für die Auslosung der Ablösungsschuld wie Prämien ein, einmal, um die Gläubiger günstiger zu stellen, dann aber besonders, um einen Druck auf den Börsenkurs durch die Chancen der Prämienauslösung auszuschalten.

Dagegen wird der Antrag Preußens entschieden abgelehnt, auch die Altbesitzer der Vorkriegsanleihen mit den Altbesitzern von Kriegsanleihen auf eine Stufe zu stellen.

Das Reichsfinanzministerium besorgt eine schwere finanzielle Belastung des Reichshaushaltes, ohne allerdings die vermutliche Höhe der Belastung ziffernmäßig anzugeben. Auch scheint die technische Möglichkeit für die Unterscheidung zwischen Alt- und Neubesitzer dieser Anleihekategorien nicht gegeben zu sein, die sie für die Unterscheidung von Alt- und Neubesitzer der Kriegsanleihen als gegeben voraussetzt. Die Reichsregierung hofft, daß die Steuersätze, besonders Einkommen-, Körperschafts- und Reichsbewertungsgesetz, wegen der im zweiten Halbjahr 1925 fälligen Teilveranlagung, und die Aufwertungsgesetze wegen der Befristung der dritten Steuernotverordnung auf den 30. Juni, vom Reichstage beschleunigt erledigt werden.

Nachspiele des blutigen Zwischenfalles in Paris

Anläßlich der blutigen Zwischenfälle, die sich, wie gemeldet, Donnerstag abend nach Beendigung einer Versammlung der Jugendabteilung der republikanischen Vereinigung ereigneten, hat der Untersuchungsrichter im Verlaufe des Vormittags Haussuchungen bei führenden Persönlichkeiten der Kommunisten vornehmen lassen, die nach Berichten der Abendblätter belastendes Material gegen gewisse Organisationen der Kommunisten zutage gefördert haben sollen.

Auch der Ministerrat, der heute vormittag unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik stattfand, hat sich mit der Angelegenheit befaßt. Minister des Innern Schrameck berichtete über die polizeilichen Feststellungen und soll nach dem Temps erklärt haben, die Regierung sei entschlossen, mit äußerster Strenge vorzugehen. Noch Freitag nacht um 2 Uhr nach Bekanntwerden der Zwischenfälle, hat Ministerpräsident Painlevé mit dem Minister des Innern und den höheren Polizeibeamten über die zu ergreifenden Maßnahmen konferiert.

Die Angelegenheit beschäftigte übrigens Freitag nachmittag auch die Kammer, da drei Abgeordnete der Oppositionsparteien, Reibel, Taittinger und Pharnegaray, Interpellationen eingebracht haben, in denen die Regierung gefragt wird, welche Maßnahmen sie zu ergreifen gedenke, um das Leben der Staatsbürger sicherzustellen. Ministerpräsident Painlevé hat sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellationen bereit erklärt. Als erster Interpellant ergriff Abgeordneter Taittinger das Wort, der eine Schilderung der Vorgänge gab. Nach seinem Bericht liegt einer der Verwundeten im Sterben, sodaß die Zahl der Todesopfer vier beträgt und 43 andere Personen verletzt sind.

Attentatsfurcht in London

Aus London wird gemeldet: Die in Paris vorgefallenen Zusammenstöße mit Kommunisten erregen in der englischen Presse großes Aufsehen. „Daily Mail" veröffentlicht in sensationeller Form die Meldung, daß die Londoner Polizei außerordentliche Vorsichtsmaßnahmen ergriffen habe, weil ernste Befürchtung bestehe, daß bei der heutigen Beisetzungsfeier für den verstorbenen Oberkommandierenden in Indien Lord Rawlinson ein Bombenattentat nach Art des in Sofia begangenen geschehen könnte. Die Kirche von St. Margareth Westminster, in der die heutige Feier unter Beteiligung von Diplomaten, Ministern und anderen hervorragenden Persönlichkeiten stattfinden werde, sei von der Geheimpolizei auf Höllenmaschinen untersucht worden. Selbst in den Orgelpfeifen habe man nachgesehen. Dann sei die Kirche von Militär umstellt worden. „Daily Mail" erhebt die Forderung, daß die amtliche Anerkennung der Sowjetdelegation in London aufgehoben werde und daß die Vertreter Sowjetrußlands England verlassen.